

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 02/2024 vom 11.01.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Die PiS nutzt die Verfassung als Fallgrube für die Demokraten*
- *Sikorski nach den Angriffen auf die Ukraine: Mehr Sanktionen gegen Moskau und mehr Waffen für Ukrainer nötig*
- *Ansprache des Souveräns an Präsident Duda*
- *Push-Backs Beenden und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen*
- *Michalik: Kaczyński ist ein Feigling. Einer der größten, den die polnische Politik hervorgebracht hat*
- *Der Staat wird wieder mit dem Großen Orchester der Weihnachtshilfe - WOŚP spielen. Nach acht Jahren wird das Finale über den TV-Sender TVP ausgestrahlt*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Die PiS nutzt die Verfassung als Fallgrube für die Demokraten



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Sadurski**

Wenn die Demokratie zurückgekehrt ist, können zerstörte politische Systeme nicht durch einfache gesetzliche Maßnahmen wiederhergestellt werden, da dies bedeuten würde, dass die Demokratie unter den vom gestürzten Regime diktierten Bedingungen wiederhergestellt werden soll.

Wojciech Sadurski ist Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Sydney und Professor am Europäischen Zentrum der Universität Warschau, Mitglied der Aufsichtsgremien des Institute of Public Affairs und der Helsinki Foundation for Human Rights, Mitglied der Global Commission on the Rule of Law der European Public Law Organization (EPLO).

In einer Entschließung vom 19. Dezember zu den öffentlich-rechtlichen Medien fordert der Sejm unter anderem „sofortige Korrekturmaßnahmen“ bei [der TV-Senderanstalt] TVP, bei der polnischen Presseagentur und dem Polnischen Rundfunk „in Übereinstimmung mit den Standards der Rechtsstaatlichkeit in der Übergangszeit“. Aber was sind diese Standards und was ist die „Übergangszeit“? In der Entschließung heißt es, dass sie „bis zur Verabschiedung und Umsetzung der entsprechenden gesetzlichen Lösungen“ – also bis zum Inkrafttreten der neuen Gesetze – dauern wird. Das könnte lange dauern, denn Präsident Duda kommt bereits in Schwung mit seinem Veto gegen neue Gesetze, und das Verfassungsgericht von der Frau Magister Przyłębska hat nach Jahren der Trägheit ein neues, ehrgeiziges Menü vorgelegt. Die Frage der Übergangszeit betrifft nicht nur die öffentlichen Medien, sondern auch der Neo-Landesrat für Gerichtswesen [Neo-KRS], die Staatsanwaltschaft, den öffentlichen

Dienst, den mit Neo-Richtern infizierten Obersten Gerichtshof und natürlich das Verfassungsgericht. Und der Begriff „Übergangszeit“ bezieht sich auf die gesamte Philosophie des Wiederaufbaus der Rechtsstaatlichkeit in einem Staat, in dem die frühere Macht die legalisierte Gesetzlosigkeit aufrechterhalten hat.

Denn im Falle einer Reform in einem dieser Bereiche wird sich die neue Regierung unweigerlich den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass sie die Rechtsstaatlichkeit nicht respektiert, obwohl sie erklärt hat, die Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen zu wollen, und dass sie gegen die Verfassung verstößt, die sie sich als Opposition auf die Fahnen geschrieben hat. „Brachial“, „eine Irrfahrt“, „ein Gang durch Abkürzungen“, hören wir schön. Die Kritik an Minister Bartłomiej Sienkiewicz, die von Publizisten und Juristen auch auf demokratischer Seite wegen der Art und Weise des Vorgehens gegen TVPiS geübt wird, ist nur ein Vorbote der Konflikte, die zweifellos alle Korrekturmaßnahmen in der Übergangszeit begleiten werden.

„Die Legalität bringt uns um“

Wir befinden uns jetzt in der zweiten Phase der Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die erste Etappe war der Wahlsieg: das Wunder vom 15. Oktober, als die demokratische Opposition zum ersten Mal in der Welt so deutlich gegen die Populisten gewann, obwohl die demokratischen Institutionen von der vorherigen Mannschaft zerstört worden waren. Die dritte Stufe wird kommen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen für ein normales Funktionieren der Demokratie gegeben sind, mit anständigen öffentlichen Medien, einem fairen Wettbewerb zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Opposition, einem neutralen öffentlichen Dienst, einer unabhängigen Staatsanwaltschaft und unabhängigen Gerichten und so weiter. Und heute befinden wir uns in der zweiten Stufe, die uns von der ersten zur dritten führen soll. Ist es möglich diesen Weg auf angenehme, reibungslose und unauffällige Weise zu beschreiten? Und vor allem: mit Berücksichtigung der Rechtsstaatlichkeit?

Der prominente ungarische Jurist und bis vor Kurzem Vizepräsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, András Sajó, hat kürzlich einen Aufsatz mit dem Titel „Die kämpfende Rechtsstaatlichkeit“ veröffentlicht. Der Titel ist eine bewusste Paraphrase des Konzepts der wehrhaften Demokratie, d. h. einer Demokratie, die Feinden der Demokratie, die das demokratische System stürzen wollen, Beschränkungen der politischen Rechte auferlegt. Und als Motto seines Essays übernimmt Sajó den Seufzer von Odilon Barrot, Premierminister an der Seite von Präsident Louis Napoleon Bonaparte im Jahr 1849: „Die Legalität bringt uns um“.

Rechtsstaatlichkeit, so folgert Sajó, kann in der Übergangszeit nach einer autoritären Herrschaft nicht darin bestehen, dass man sich peinlich genau an den Buchstaben des Gesetzes hält, vor allem nicht an jene, die von autoritären Machthabern eingeführt wurden, denn in diesem Fall wird aus der „Rechtsstaatlichkeit“ eine „Herrschaft des Gesetzes“. Und das ist nicht dasselbe. „Herrschaft des Gesetzes“ kann eine Technik zur undemokratischen Machtausübung durch Autokraten sein. „Ein solches Ideal ist oft selbstzerstörerisch“, schreibt Sajó. In einem solchen Fall, so der ungarische Jurist, blockiert die Achtung der Rechtsstaatlichkeit die Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ergriffen werden.

Uneinigkeit unter Demokraten

Mit so etwas haben wir es in Polen gerade zu tun. Wir haben zwei Positionen unter den Demokraten. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, welche die strikte und peinliche Einhaltung aller Gesetze fordern, auch derjenigen, die von der PiS stammen, solange sie formal noch in Kraft sind, und auf der anderen Seite diejenigen, die darauf hinweisen, dass in einer Situation der völligen Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit eine solche Politik nur ein pathologisches System verewigen oder bestenfalls zu Apathie bei der Reformierung des Staates führen kann.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich auf der anderen Seite stehe, denn ich sehe, dass eine solche Herangehensweise an die Rechtsstaatlichkeit den Wiederaufbau des gesamten rechtsstaatlichen Systems behindern könnte. Wenn wir nicht das gesamte Tribunal von der Frau Magister Przyłębska entlassen, werden wir jeden Versuch sabotieren, die Rechtsstaatlichkeit in den Gerichten, den Medien oder der Staatsanwaltschaft wiederherzustellen, selbst wenn die Entlassung dieses verkrüppelten Organs in gremio die Schöngesteirer verletzen würde. Ohne die Entlassung der richterlichen Mitglieder aus dem Neo-KRS wird dieses verabscheuungswürdige Gremium weiterhin den Präsidenten mit illegitimen Kandidaten für Neo-Richter versorgen. Usw. usw.

Dieses Dilemma zeigt sich derzeit am deutlichsten in Bezug auf die öffentlichen Medien. Worin würde eine strenge Anwendung der Regeln bestehen? Die Antwort ist einfach: Nichts zu tun und somit das Fernsehen von Rachoń, Adamczyk oder Pereira monatelang, wenn nicht sogar jahrelang zu tolerieren, wobei das Gift rund um die Uhr in die Köpfe der Polen sickern würde. Denn die Gesetze befinden sich in einem für die PiS-Macht charakteristischen Chaos.

Rechtliches Chaos in den Medien

Einerseits wurde mit dem Gesetz vom Dezember 2015 (das Gesetz über die kleinen Medien) die Zuständigkeit für die Ernennung und Abberufung der Vorstände der öffentlich-rechtlichen Medien dem Nationalen Rundfunkrat entzogen, und andererseits hat ein noch richtiges Verfassungsgericht-Urteil vom Dezember 2016 eine solche Entmachtung des Nationalen Rates für verfassungswidrig erklärt (damals bezog sich dieser Fehler nicht direkt auf den im Juni 2016 geschaffenen Nationalen Medienrat, aber natürlich gilt er analog auch für ihn). Die Kompetenzen wurden also entzogen, das neue Gremium, das angeblich über diese Kompetenzen verfügt, ist verfassungswidrig, aber der vorherige Zustand wurde nicht wiederhergestellt, weil kein Gesetz erlassen wurde, das dem Rat die entzogenen Kompetenzen zurückgibt. Wir befinden uns also in einer Zwickmühle.

In diesem juristischen Schlamassel, der ja von der PiS bewusst herbeigeführt wurde, hat Minister Sienkiewicz vernünftigerweise ein Verfahren aus dem Handelsrecht genutzt, das ihm die Befugnis gibt, sich selbst zur Hauptversammlung der Unternehmen zu erklären und dann die alten Vorstände zu entlassen und neue zu ernennen. In einem normalen demokratischen Staat wäre ein solches Verfahren vielleicht problematisch, aber in der „zweiten Phase“, d. h. in der Zwischenzeit, ist es ein kluger, pragmatischer Weg, das Gesetz zu nutzen, um diesen Skandal zu beseitigen.

Ich verstehe die Argumente der Kritiker, dass die Medien schließlich keine Schraubenfabriken sind und dass für sie rechtsstaatliche Werte gelten müssen, die es erforderlich machen, dass die Politiker nicht zu Medienchefs ernannt werden. Aber diese Argumente entstammen einer idealen Demokratie. Es ist an der Zeit, aufzuwachen, aus dem Fenster zu schauen, zu erkennen, dass wir nicht in Norwegen oder Kanada leben, und sich alternative Methoden einfallen zu lassen, um schnell eine ehrliche öffentliche Medienlandschaft aufzubauen. Nur, bitte, nicht die Methoden, die mit: „Bereiten Sie ein neues Gesetz vor“ beginnen, denn mit diesen Worten kehren wir schnell in die Welt der juristischen Fiktionen zurück, die von den gelehrten Juristen so geliebt werden, die uns ein monatelanges Spektakel im Dreieck Sejm - Präsident - Verfassungsgericht von Magister Przyłębska bereiten, mit der ständigen Begleitung von der unveränderten TVPiS.

Und wenn ich die Juristen noch um etwas bitten kann, dann ist es, nicht vorzuschlagen, dass der Weg zur Heilung der öffentlichen Medien über den Nationalrat von Maciej Świrski führt - denn mein Sinn für Humor ist nicht so ausgeprägt.

Eine wehrlose Verfassung

Die polnische Verfassung ist auf die zweite Phase der Wiederherstellung des demokratischen Rechtsstaates nicht vorbereitet, weil keiner ihrer Schöpfer voraussah, dass das Verfassungssystem den Barbaren zum Opfer fallen würde und Polen zu einem „verfassungsmäßig bankrotten“ Staat wird, wie Professor Mirosław Wyrzykowski treffend formulierte. Es ist schwierig, diesen Zusammenbruch mit den üblichen Methoden zu überwinden. Oder, um die Metapher zu ändern: Wenn ein Brandstifter unser Haus niederbrennt, erfordert der Wiederaufbau manchmal eher das Einreißen einiger weiterer Mauerreste und den Abtransport des Schutts, als dass man das, was von den Ruinen übrig ist, neu streichen würde. Vor allem dann, wenn der Brandstifter nicht am Wiederaufbau des Hauses mitwirken will, sondern nur mit weiteren Brandstiftungen droht - wie das Verhalten von Wahlverlierern zeigt, das sich beispielsweise in der Besetzung von öffentlichen Medienhäusern manifestiert.

Um von der Metaphorik zur juristischen Sprache zurückzukehren: Wenn die Demokratie zurückgekehrt ist, können zerstörte politische Systeme nicht einfach durch gesetzliche Maßnahmen wiederhergestellt werden, denn das würde bedeuten, dass die Demokratie unter den vom alten Regime diktierten Bedingungen wiederhergestellt wird. Und die Verfassung kann nicht als eine Fallgrube für Demokraten verstanden werden, die mit den Folgen des Verfassungsvandalismus kämpfen.

Für viele Menschen werden die in der zweiten Phase angewandten Methoden unästhetisch sein, und die Juristen werden sich darüber beschweren, dass „das Gesetz das Gesetz ist“, weil sie so erzogen worden sind und sich damit wohl fühlen. Aber wir Juristen sind es, die die Last tragen, zu erklären, dass wir heute nicht die Wahl zwischen Gut und Böse haben, sondern zwischen verschiedenen Versionen des Schlechten, von denen die schlimmste die Apathie ist, die aus der Lähmung durch die legalisierte Gesetzlosigkeit resultiert, die das alte Regime für uns inszeniert hat. Es wäre schön, dieses Problem nicht zu haben, aber „so wurden wir von unserem Vaterland durchbohrt“ – und jetzt geht es darum, so schnell und so billig wie möglich zur dritten Stufe überzugehen.

Die Alternative ist ein Nickerchen in einer fiktiven Welt und narzisstisches sich Weiden an der eigenen Tugend, unterbrochen von Ausbrüchen der Empörung über die Hässlichkeit der realen Welt. Rechtsgelehrte können sich das leisten, Politiker nicht.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,30553768,pis-uzywa-konstytucji-jako-pulapki-na-demokratow.html>



www.mleczko.pl

GUTES NEUES JAHR!

NUR ÜBER MEINE LEICHE

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Sikorski nach den Angriffen auf die Ukraine: Mehr Sanktionen gegen Moskau und mehr Waffen für Ukrainer nötig



Quelle: wyborcza.pl

Der Chef der polnischen Diplomatie, Radosław Sikorski, hat mit scharfen Worten auf die jüngsten massiven Angriffe Russlands auf die Ukraine reagiert. „Es ist an der Zeit, Putin in einer Sprache zu antworten, die er versteht.“

„Wir sollten auf den jüngsten Angriff auf die Ukraine in einer Sprache reagieren, die Putin versteht: indem wir die Sanktionen verschärfen, damit er keine neuen Waffen aus geschmuggelten Komponenten herstellen kann, und indem wir Kiew mit Langstreckenraketen ausstatten, um Putins Abschussanlagen und Kommandozentralen auszuschalten“, schrieb der Leiter der polnischen Diplomatie Radoslaw Sikorski auf der Plattform X.

Polen ließ am Dienstag F-16 aufsteigen

Die deutliche Erklärung des polnischen Außenministers ist eine Reaktion auf die jüngsten schweren Angriffe Russlands auf die Ukraine.

Noch am Dienstag herrschte in der gesamten Ukraine Flugabwehralarm, und die russischen Streitkräfte griffen Kiew und Charkiw an. Am Dienstagmorgen warnte die ukrainische Führung, dass sechzehn mit Raketen bewaffnete russische Tu-95M-Bomber in Richtung Ukraine flogen. Obwohl die meisten der von den Russen abgefeuerten Raketen von der ukrainischen Flugabwehr abgefangen wurden, blieb es nicht ohne Opfer - vier Menschen wurden getötet und fast hundert verletzt.

Die jüngsten russischen Angriffe auf die Ukraine waren so intensiv, dass das polnische Einsatzkommando am Dienstagmorgen bestätigte, dass zwei Paar F-16-Kampffjets und ein Tankflugzeug aufgestiegen sind.

Das Kommando räumt ein, dass der Grund dafür die außergewöhnlich verstärkte russische Luftaktivität der letzten Tage ist. Einige Stunden später wurde gemeldet, dass die Operation in unserem Luftraum aufgrund der verringerten Bedrohungslage beendet worden sei.

Norweger werden ukrainische Piloten ausbilden

Norwegen erklärte am Mittwoch, dass es zwei F-16-Kampffjets nach Dänemark schicken wird, damit ukrainische Piloten lernen können, sie zu fliegen. Zuvor hatten die Norweger bereits zehn Ausbilder vor Ort geschickt, um ukrainischen Piloten den Umgang mit den Maschinen beizubringen.

Die Ukrainer haben seit Beginn des Krieges westliche Verbündete um F-16-Kampffjets gebeten, um ihre Chancen im Luftkrieg mit Russland zu verbessern. Die norwegischen Behörden haben im vergangenen Jahr zugesagt, nach den Dänen und den Niederländern auch den Ukrainern Kampffjets zu übergeben.

In der russischen Stadt Belgorod wurde am Mittwochvormittag Luftalarm ausgerufen, wie das Büro des Bürgermeisters der Stadt mitteilte. Die örtlichen Behörden rieten den Bewohnern, ihre Häuser nicht zu verlassen und nicht ans Fenster zu gehen.

In den letzten Tagen bestätigte der Befehlshaber der ukrainischen Bodentruppen, General Oleksandr Syrskyi, dass die Russen ihre Offensive an den Fronten von Kupjansk und Bachmut fortsetzen, wo sie u.a. in den Gebieten Bohdaniwka, Tschassiw Jar und Synkivka intensive Kämpfe führten. Er fügte hinzu, dass die Russen in der Nähe von Lyman eine Offensive vorbereiten, nachdem sie zuvor ihre Kräfte umgruppiert haben.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,30559746,sikorski-po-atakach-na-ukraine-konieczne-kolejne-sankcje-na.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Ansprache des Soveräns an Präsident Duda



Quelle: wyborcza.pl

Von *Jarosław Kurski*

Sie haben schon viele Ansprachen gehalten. Heute werden Sie den Bürgerinnen und Bürgern eine weitere Ansprache mit Ihrem üblichen Minenspiel und Ihren Gesten präsentieren. Ich weiß nicht, ob nur ich diese Unpässlichkeit habe, aber in achteinhalb Jahren habe ich mich an nichts Substanzielles aus Ihren Reden erinnert, aber Ihr Minenspiel, Ihre Posen und Ihre aufgeblasenen Gesten bleiben unvergessen.

Daher möchte ich Sie zum Jahreswechsel, wenn die Menschen Vorsätze fassen, dazu auffordern, über sich selbst und Ihre politische Position nachzudenken. Natürlich machen Sie, was Sie wollen, aber vielleicht könnte ja Minister Mastalerek Sie wenigstens auf die Hauptthesen dieses Textes hinweisen, nicht, dass Sie niemand informiert hat.

Ich appelliere an Ihr Interesse, an das, was sich für Sie vielleicht politisch und für Ihr Image bezahlt macht. Achteinhalb Jahre lang waren Sie ein Werkzeug der national-populistischen und autoritären Formation. Und in dieser Rolle - so scheint es - haben Sie sich am richtigen Platz gefühlt. Sie haben den demokratischen Staat und die Justiz zerstört, Double-Richter in der Nacht vereidigt, die Gerichte eingespannt und die unschuldigen (weil nicht verurteilten) Kamiński und Waśik begnadigt, schändliche Gesetze unterzeichnet, gegen LGBT+ oder die Europäische Union gehetzt und verhielten sich letztendlich gegenüber der juristischen Fakultät, Ihrer Alma Mater Jagiellonica, despektierlich.

Das alles hat Ihnen so gut gefallen, dass Sie sogar die verächtliche Haltung Ihres Prinzipals Ihnen gegenüber ignoriert haben. Der Parteivorsitzende schätzt Sie meiner Meinung nach aus vielen Gründen nicht sehr, aber zwei sind grundlegend. Erstens haben Sie, von ihm wie ein Hase aus dem Hut gezogen,

die Wahlen 2015 gegen Bronisław Komorowski gewonnen, während Ihr Prinzipal 2010 gegen denselben Komorowski verloren hat. Zweitens und das ist noch wichtiger, haben Sie ein Amt inne, das nach Ansicht des Parteivorsitzenden nur der verstorbene Prof. Lech Kaczyński und er selbst - Jarosław Kaczyński - verdient haben.

Sie sind in diesem Wettbewerb völlig chancenlos

Aber Sie waren ein unverzichtbares Rädchen im Getriebe, um die Polen an die Kandare zu nehmen, weshalb der gesamte Staatsapparat, einschließlich des schändlich subventionierten TVPiS, alles tat, um die Wahlbedingungen zu Ihren Gunsten zu verändern. „Was können wir noch tun, damit Sie gewinnen“, fragte die Funktionärin Danuta Holecka mit entwaffnender Offenheit. Sie haben in einem unfairen Duell mit Pistolen gegen Säbel gewonnen. Ihre Legitimation ist daher höchst fragwürdig. Jeder weiß das, aber Sie tun so, als wüssten Sie das nicht. Und die ‚Mutterpartei‘ hat Sie auch in der weiteren Legislaturperiode für sich eingespannt, und Sie haben sich einspannen lassen. Ihre einzige Attacke in der Angelegenheit des TVP-Intendanten endete mit Ihrer Demütigung.

Ich erinnere an all dies, um Ihnen klar zu machen, dass die Konstellation, in der Sie sich so wohl gefühlt haben, jetzt ein Anachronismus ist. Es geht unwiderruflich zu Ende mit der Formation, der Sie gedient haben. Es endet, wie in einer Tragikomödie dell'arte mit Herrn Terlecki und seiner Vuvuzela, Herrn Suski, schlafend auf den Fluren des Fernsehens, Frau Lichocka im Regieraum oder dem Millionär Adamczyk im „päpstlichen Fenster“.

Die PiS verliert weitere Wahlen. Früher oder später wird der Krieg um die Nachfolge von Kaczyński ausbrechen. In diesem Wettbewerb sind Sie völlig chancenlos. Bedauerlicherweise, Ihr Charisma ist nicht konstant.

Und erst recht haben Sie als Ex-Präsident den PiS-Politikern nichts zu bieten. Leute wie Macierewicz, Sasin, Morawiecki, Kurski oder Ziobro werden Sie zum Frühstück verspeisen. Wie geht es also für Sie weiter?

Sie könnten auch endlich selbst über sich bestimmen

Sie haben jetzt ein achtzehnmonatiges Wetterfenster. Das letzte derartige Zeitfenster in Ihrem noch jungen politischen Leben.

Sie können weiterhin einer untergehenden Formation dienen wie der treue Diener eines bankrotten Barons, oder Sie können das Spiel mit der demokratischen Regierung im Namen eines subjektiven Zusammenlebens aufnehmen.

Sie könnten auch endlich selbst über sich bestimmen. Sie können nicht so sehr für die gute Erinnerung an den scheidenden Präsidenten Duda kämpfen, denn dafür ist es zu spät. Sie könnten um eine Ambivalenz, gegen die menschliche Gleichgültigkeit gegenüber Andrzej Duda kämpfen. Für einen solchen Satz, den ein Passant auf der Straße dann sagt, zum Beispiel: „Was Duda achteinhalb Jahre lang gemacht hat, ist unentschuldig, aber wenigstens wusste er sich am Ende zu benehmen und hat nicht gestört, hat keinen Stock in die Speichen gesteckt.“ Das ist viel. Das ist sehr viel.

Sie haben unzählige Verfassungsbrüche begangen, obwohl Sie geschworen haben, die Verfassung zu wahren. Sie können nicht sicher sein, dass Sie sich eines Tages, wenn die Umstände für die Demokraten günstiger sind, nicht vor dem Staatstribunal verantworten müssen. Dies ist noch ein weiteres Argument für Sie, diese letzten Monate nicht zu verschwenden. Sie sollten sich vielleicht ein wenig rehabilitieren oder zumindest versuchen, mildernde Umstände zu bekommen.

Eben genau das. Die einzige Macht, die Sie heute haben, ist die Macht der Zerstörung. Die Verzögerung dessen, was ohnehin unvermeidlich ist. Ich versichere Ihnen, selbst wenn Sie bei irgendetwas ein Veto einlegen, wird es trotzdem geschehen, nur später und auf einem Umweg. Sie werden wie dieser Baumstamm im Fluss sein, der die Fahrinne blockiert, aber Sie werden den Fluss nicht aufhalten, Sie werden den Flusslauf nicht verändern.

Professor Mirosław Wyrzykowski, der für seinen Kampf für die Rechtsstaatlichkeit bekannt ist, schlug kürzlich vor, in der Gazeta Wyborcza am Tag der Konstituierung der demokratischen Regierung einen Leitartikel mit dem symbolträchtigen Titel „Euer Präsident, unser Premierminister“ zu veröffentlichen.

Alle historischen Analogien sind manchmal verräterisch oder an den Haaren herbeigezogen. Bei näherem Nachdenken bin ich jedoch zu dem Schluss gekommen, dass Prof. Wyrzykowski völlig Recht hat. Die Frage heute ist: Wird Präsident Duda sich dazu durchringen, sich in seinen letzten 18 Monaten als Staatsoberhaupt so zu verhalten wie Präsident Jaruzelski?

Sie werden empört sein. Nicht nötig. Ich hatte mehr mit Jaruzelski abzurechnen als Sie. Aber dieser Diktator hat sich nach allem, was er 1968 und 1970 als Verteidigungsminister der Volksrepublik Polen, 1981 als Ministerpräsident und Erster Sekretär der PZPR und dann nach dem Kriegsrecht getan hat, mit der Opposition und mit der Kirche an einen Tisch gesetzt und einen Vertrag geschlossen. Im Gegenzug für die Freigabe des demokratischen Übergangs wurde er von der Nationalversammlung zum Präsidenten gewählt. Er verstand das (Achtung!) deutsche Wort Zeitgeist. Er verstand den Niedergang seiner politischen Formation. Er verstand den Willen der Mehrheit.

Obwohl er es nicht musste, hat er die Reformbemühungen der Regierung von Tadeusz Mazowiecki nicht sabotiert, er hat kein Veto eingelegt, er hat sich nicht aufgeblasen, er hat das Richtige getan. Mehr noch: Sobald Lech Wałęsa seine Bereitschaft erklärte, für das Präsidentenamt zu kämpfen, kündigte er seinen Rücktritt an, was lange vor dem Ende seiner Amtszeit geschah. Letzteres schlage ich Ihnen nicht einmal vor. Ich schlage nur vor, dass Sie ein Ohr für den Zeitgeist haben, dass Sie Ihre Zeit nutzen, um das Wort „Souverän“ aufzufrischen, das Sie 2015 in unerträglicher Weise überstrapaziert und nun vergessen haben, weil es Ihnen heute nicht mehr passt.

Mögen Sie auf den Souverän hören, das ist es, was ich Ihnen für das neue Jahr 2024 wünsche.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30551868,oredzie-suwerena-do-prezydenta-andrzej-dudy.html>

Push-Backs beenden und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Marta Górczyńska**

Die Ankündigungen der neuen Regierung, die die Rechtsstaatlichkeit in Polen wiederherstellen will, lassen noch immer klare Erklärungen zu einer Änderung der Politik gegenüber der humanitären Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze und eine Ankündigung der Rechenschaftspflicht für die Verantwortlichen vermissen.

Marta Górczyńska - Juristin bei der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, Koordinatorin des Referats Migration, Doktorandin an der Universität Warschau.

Wenn man bedenkt, wie sehr das Thema Migration den Wahlkampf aufgeheizt hat, ist das derzeitige Schweigen zu diesem Thema umso enttäuschender. Weder im Koalitionsvertrag, noch in den „100 Konkreten“ [Thesen] der Bürgerkoalition, noch im Exposé von Donald Tusk gab es klare Bekenntnisse zu einer Änderung der bisherigen Politik in der Frage der polnisch-weißrussischen Grenze. Auch in den Medienerklärungen wurde von den neu gewählten Ministern nicht zugesichert, dass rechtswidrige Push-Backs sofort aus der Praxis der polnischen Dienste entfernt würden, obwohl die Regierung kurz vor Weihnachten von Abgeordneten und Vertretern der Koalitionsparteien mit der Bitte um sofortige Änderungen kontaktiert wurde.

Daher ist die Lage im Grenzgebiet trotz des Regierungswechsels unverändert geblieben. Dort finden weiterhin Guerilla-Aktivitäten statt, die darauf abzielen, das Leben derjenigen zu retten, die in der politischen Falle zwischen dem erbarmungslosen belarussischen Regime und der polnischen Grenzpolitik

gefangen sind. NGOs, informelle Ad-hoc-Koalitionen und Einwohner vor Ort leisten weiterhin medizinische, humanitäre und rechtliche Hilfe. Sie erreichen Menschen mit Gelenkverrenkungen, Knochenbrüchen und Hundebissen, die extrem erschöpft und dehydriert sind, sowie Menschen mit schweren körperlichen Verletzungen.

Ärzte ohne Grenzen zog kürzlich Bilanz über ihre jährlichen Aktivitäten an der polnisch-weißrussischen Grenze und warnte, dass der kommende Winter weitere Opfer bringen könnte. Es überrascht nicht, dass die Zivilgesellschaft, die es leid ist, die Verantwortung für das zu übernehmen, was der Staat und seine Dienste tun sollten, ungeduldig darauf wartet, dass die neue Regierung die entsprechenden politischen Änderungen vornimmt.

Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Wiederherstellung des Rechts an der Grenze ganz oben auf der Liste der Prioritäten im Prozess der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen stehen sollte. Nicht nur, weil es notwendig ist, der Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen, die die Grenze überqueren, sofort ein Ende zu setzen, sondern auch, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die bisher ungestraft geblieben sind, nämlich die Offiziere, ihre Befehlshaber, die illegale Befehle erteilen, und die Politiker, die dafür verantwortlich sind, dass die polnisch-weißrussische Grenze zu einer Zone der Gesetzlosigkeit geworden ist.

Beispiele für diese Verstöße sind nicht weit entfernt zu finden. So wurde im November einem syrischen Mann in den Rücken geschossen, ein Mann mit einem gebrochenen Bein wurde von einem Krankenhaus zu einem Grenzzaun gebracht, Freiwillige, die im Wald arbeiten, wurden von den Grenzschutzbehörden beschossen. Es gibt Aufnahmen, die die unverschämte Reaktion uniformierten Beamter im Fall eines Mannes zeigen, der sich in einem Draht verfangen hatte und mit dem Kopf nach unten hing, oder der Fall eines alleinreisenden 17-jährigen syrischen Jungen, der an Diabetes litt und in den Wald auf der belarussischen Seite gebracht wurde. Der letzte Fall wurde von einem Verwaltungsgericht im Dezember festgestellt.

Und dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Hunderte weiterer Fälle harren der Untersuchung und Rechenschaft, in denen Menschen in schlechtem Gesundheitszustand der Zugang zu medizinischer Versorgung verwehrt wurde. Oder dass sie im Winter ohne Überlebensausrüstung im Wald zurückgelassen wurden, dass Tränengas eingesetzt wurde, dass Hunde auf sie gehetzt wurden oder dass sie gezwungen wurden, über Grenzflüsse und Stacheldrahtverhaue auf die belarussische Seite zurückzukehren. Daran haben auch die Urteile der Verwaltungsgerichte wenig bis nichts geändert, die geurteilt haben, dass das Verhalten der polnischen Dienste an der Grenze zu Belarus gegen das in Polen geltende Recht verstößt. Auch die vernichtenden Versuche, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen zu kriminalisieren, obwohl die Aktivistinnen und Aktivistinnen, die inhaftiert oder zu Geldstrafen verurteilt wurden, weitere Prozesse vor den Gerichten gewinnen.

Die Wiederherstellung der Rechtmäßigkeit, einschließlich der Vollstreckung nationaler Gerichtsurteile, ist daher eine der dringlichsten Aufgaben nicht nur für den Premierminister, sondern auch für den Minister für Inneres und Verwaltung und den Justizminister.

Bisher wurde die Strafverfolgung von Offizieren und Offizierinnen, die strafrechtlich relevante Handlungen begangen haben, durch eine politisierte Staatsanwaltschaft blockiert. Wir dürfen daher erwarten, dass die neue Regierung hier einen Kurswechsel vornimmt und in all diesen Fällen von Amts wegen Verfahren einleitet, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Und das ist eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung, wenn wir ihre Zusagen zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen ernst nehmen sollen.

Und die Zivilgesellschaft, die bisher ihre Energie darauf verwendet hat, Guerilla-Aktionen durchzuführen, wo der Staat versagt hat, und Beweise für Menschenrechtsverletzungen zu sammeln, ist bereit, die Regierung bei der Durchsetzung der Gerechtigkeit zu unterstützen. Und dabei sehr genau auf ihre Hände zu schauen.

Zsfg.: JP

Michalik: Kaczyński ist ein Feigling. Einer der größten, den die polnische Politik hervorgebracht hat



Eliza Michalik

Quelle: natemat.pl

Ein Kommentar von **Eliza Michalik**

Meiner Meinung nach kämpft Kaczyński, indem er für das Fernsehen TVP kämpft, nicht für die PiS, sondern für seine Position in der PiS, und das ist ein großer Unterschied. Generell waren viele der Dinge, die Kaczyński in den letzten acht Jahren getan hat oder von seinen Leuten tun ließ, nicht zum Wohle der Partei, wie viele glauben, sondern für ihn selbst - um seine Macht und Stärke auszubauen. Er benutzte dafür sogar den tragischen Tod seines Zwillingsbruders, wodurch man sich den Umfang seiner Besessenheit in diesem Punkt vorstellen kann.

Denn für Jarosław Kaczyński ist das Wichtigste immer Jarosław Kaczyński gewesen. Es gibt nichts im Leben dieses Mannes (und wir verfolgen es seit Jahrzehnten wegen der öffentlichen Funktionen, die er innehat), das er über seine eigenen Interessen stellen könnte. Die Liste der Menschen, die Kaczyński während seiner öffentlichen Tätigkeit verletzt hat, die er unglücklich gemacht und vergiftet hat, die er gebrochen oder umgebracht hat, wenn nicht im wörtlichen Sinne, dann im Sinne eines bürgerlichen Todes, ist sehr lang. Dazu gehören seine engsten Vertrauten, seine Familie, Freunde und Kollegen, die er missbraucht, deren Karrieren er gebrochen oder denen er großes Unheil zugefügt hat.

Kaczyński ist kein Stratege

Der Vorsitzende der PiS ist entgegen der landläufigen Meinung kein Stratege, wie er mehr als einmal bewiesen hat. Im Gegenteil, seine Stärke war immer - nun ja, die nackte Stärke: Einschüchterung, extreme Brutalität, Erpressung, Terror, Bestechung, bürgerliche und politische Liquidierung von Gegnern oder solchen, die einfach nur mit ihm nicht einverstanden waren, Hass und Angst, und nicht die Fähigkeit, alternative Szenarien für die Entwicklung der Situation vorauszusehen und zu entwerfen.

Ihn als Strategen zu bezeichnen, war einfach nur eine Speichelleckerei derjenigen, die ihm zu ihrem eigenen Vorteil zu gefallen versuchten, wie wir heute wissen, nicht nur die Politiker, sondern auch die unterwürfigen Journalisten. Und das war's dann auch schon.

Wenn wir den Schleier von Kaczyński entfernen, der aus Märchen von Schmeichlern und symmetrischen Illusionen gewoben ist, bleibt die nackte Wahrheit übrig – ein charakterologisch kleiner, rachsüchtiger, misstrauischer, nachtragender, aggressiver und hysterischer Satrap, der seine Blindheit und Schwäche nicht erkennt. Und ein Feigling. Einer der größten, den die polnische Politik hervorgebracht hat. Und man muss zugeben, dass die Konkurrenz groß ist.

Worüber ist Kaczyński besorgt?

Kaczyński sagte kürzlich, dass die Tusk-Regierung, wenn sie das Fernsehen TVP abschafft, es nicht dabei belassen wird. Natürlich hat er Recht - dies ist nur der Anfang der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Demontage des Hassapparates. Diese Meinung drückt lediglich die innersten Ängste des PiS-Vorsitzenden aus, der sich keineswegs um Polen, sondern um sich selbst Sorgen macht.

Wenn Kaczyński aufhört, der wichtigste Mann in der PiS zu sein, wird er dort ein Niemand sein. Eine niedrigere Position als die des Oberbefehlshabers, des unfehlbaren Herrn über seine treuen Diener, kommt für ihn nicht infrage. In seinem Fall gibt es nur das binäre System: alles oder nichts. Entweder wird er die volle Macht in der PiS innehaben, oder er wird von der Revolution hinweggefegt.

Ich vermute, dass Kaczyński, wie immer in solchen Fällen, von vielen wichtigen Politikern seiner Partei aufrichtig gehasst wird und wahrscheinlich viele seiner vermeintlichen Unterstützer von seinem politischen Ende träumen.

Mit seiner Verbissenheit, Realitätsferne, seinen fatalen politischen Diagnosen macht sich Kaczyński selbst nicht nur zum öffentlichen Feind Nummer eins in Polen, sondern auch zum persönlichen Feind vieler Menschen in der PiS. Und ich bin mir sicher, dass lange Zeit nur die Überzeugung von der unbegrenzten Macht des Vorsitzenden und der Unrentabilität eines Putsches viele in der PiS davon abgehalten hat, ihm an die Gurgel zu gehen.

Niemand wird Kaczyński noch verteidigen

Heute, wo diese Gründe wegfallen, weiß Kaczyński, dass er niemandem mehr den Rücken zuwenden kann. Sein Alter und sein schlechter Zustand bedeuten, dass er nie wieder in der Lage sein wird, die Position einzunehmen, die ihm jahrelang Loyalität und Unverletzlichkeit garantierte, selbst gegenüber denen, die er mit seiner Grausamkeit gequält hat.

Auch wird ihn niemand vor dem Zorn der Polen schützen, denen er einen Teil ihres Lebens genommen und aus Gier und Geiz das Vaterland verwüstet hat. Und indirekt konkrete Ehefrauen und Töchter tötete, die Opfer der wahnsinnigen Anti-Abtreibungsgesetze wurden, die unter seiner Herrschaft eingeführt wurden.

Es ist möglich, dass auch Kaczyńskis persönliche Freiheit in Gefahr ist, wenn die Staatsanwaltschaft und die Gerichte sich mit ihm befassen.

Kaczyński kämpft heute also nicht für die PiS, sondern für sich selbst - auch wörtlich.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/533612,michalik-kaczynski-to-tchorz-jeden-z-najwiekszych-w-polskiej-polityce>

Der Staat wird wieder mit dem Großen Orchester der Weihnachtshilfe - WOŚP spielen. Nach acht Jahren wird das Finale über den TV-Sender TVP ausgestrahlt



Quelle: wyborcza.pl

Von **Anita Karwowska**

Premierminister Donald Tusk und mehrere seiner Minister sowie TVP und [die polnische Fluggesellschaft] LOT haben ihre Unterstützung für WOŚP angekündigt. Nach Jahren der Eliminierung des Orchesters aus dem öffentlichen Leben sagte Jerzy Owsiak: „Dies ist eine Rückkehr zur Normalität.“

„Eine Rückkehr zur Normalität“ – so beschreibt Jerzy Owsiak die erneute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und dem Großen Orchester der Weihnachtshilfe. „Nach acht Jahren fängt es an, so zu sein, wie das Orchester früher spielen konnte, d. h. mit allen, die mit uns zusammen sein wollen“, schrieb der WOŚP-Leiter vor einigen Tagen in den sozialen Medien.

Er und seine Frau Lidia haben in den letzten Tagen eine Reihe von Treffen mit mehreren neuen Ministern und mit dem Premierminister Donald Tusk abgehalten. Dies sind Ereignisse, die wir in der Zeit der Herrschaft von der PiS nicht mehr erleben konnten. In den letzten Jahren gab es eine Leitlinie, um Owsiak und sein Unternehmen aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, und als sich dies als unwirksam erwies (die WOŚP brach jedes Jahr neue Rekorde bei der Spendensammlung), gab es Verleumdungen in den regierungs- und PiS-freundlichen Medien, Denunziationen bei der Staatsanwaltschaft und böswillige, aber unwirksame Versuche, die Aktivitäten der Stiftung bei der Organisation der Finale und des Pol'and'Rock-Festivals zu behindern.

Mit der Gesundheitsministerin Izabela Leszczyna diskutierten die Owsiaks unter anderem darüber, wie der Staat die Wirkung der von WOŚP geleisteten Hilfe für Krankenhäuser verstärken kann. Das Finale des letzten Jahres war dem Kampf gegen die Sepsis gewidmet, dank dessen bereits Ausrüstung im Wert von über 212 Mio. PLN an die Krankenhäuser gespendet wurde. Um den Kampf gegen die Sepsis zu gewinnen, müssen jedoch zwei Bedingungen erfüllt sein: Neben den Geräten muss auch die Finanzierung aller Verbrauchsmaterialien sichergestellt werden, die für den 24-Stunden-Betrieb dieser Geräte erforderlich sind. Wie Jerzy Owsiak mitteilte, hat Ministerin Leszczyna ihre Hilfe zugesagt.

Die Owsiaks forderten von der Leiterin des Bildungsministeriums, dass das Erste-Hilfe-Programm, das die Stiftung seit Jahren in polnischen Schulen durchführt, zur Pflicht wird. WOŚP drängt schon seit Jahren darauf – sie hat das Know-how und will es an den Staat weitergeben. Bisher hat sich aber keiner der Bildungsminister dafür interessiert. „Barbara Nowacka hat versprochen, zu helfen“, teilte der Präsident des Orchesters mit.

TVP-Zuschauer können sehen, dass WOŚP die ganze Zeit spielt

Die spektakulärste Wende ist jedoch die Rückkehr der WOŚP auf die öffentlichen Fernsehbildschirme und die Ankündigung des Ministers für Nationale Verteidigung, Władysław Kosiniak-Kamysz, dass die Armee das bevorstehende Finale unterstützen wird. Der Rückzug aus genau diesen beiden Bereichen war ein Symbol für die Haltung des PiS-Staates gegenüber der Stiftung von Owsiak.

„Die polnische Armee wird wieder mit WOŚP unter dem Motto ‚Lungen nach der Pandemie. Wir spielen für Kinder und Erwachsene‘. Ich ermutige alle militärischen Einheiten im Land und in den polnischen Kontingenten, sich an dieser schönen Aktion zu beteiligen. Gemeinsam können wir mehr für diejenigen tun, die Unterstützung brauchen!“, schrieb Kosiniak-Kamysz auf X.

„Wir freuen uns sehr, dass das polnische Militär wieder mit dem Orchester spielen wird. Es war eine Orchestertradition, als Militärorchester in Dutzenden von Hauptquartieren spielten, Erbsensuppe gekocht wurde, die Armee bei der Organisation von Endspielen half, Kinder militärische Ausrüstung aus nächster Nähe anfassen konnten und auch bei unseren Militärmissionen viel los war“, so Owsiak.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30558563,jerzy-owski-powrot-do-normalnosci-panstwowe-instytucje-znow.html>



Quelle: [merkur.de](https://www.merkur.de)

„Das ausgehende Jahr 2023 war voll von Wundern. Das letzte Wunder waren die Worte in der Rede des Präsidenten, dass man die Verfassung verteidigen muss. Eine Silvesternacht der Träume!“

Donald Tusk

Quelle: <https://twitter.com/donaldtusk/status/1741543997238087820?t=LMbRaL2yiRHLkRo00ZLABq&s=19>

deutschlandfunk.de

Polen: Ein neuer Sender für die PIS | Mehr Transparenz & Verantwortung: Neue Regeln für Öffentlich-Rechtliche

<https://www.deutschlandfunk.de/polen-ein-neuer-sender-fuer-die-pis-i-oerr-mehr-transparenz-verantwortung-dlf-db06a00f-100.html>

de.euronews.com

So will Donald Tusk Polen wieder auf europäischen Kurs bringen

<https://de.euronews.com/video/2024/01/02/so-will-donald-tusk-polen-wieder-auf-europaischen-kurs-bringen>

n-tv.de

Polen will Putin "antworten" und macht Druck auf Deutschland

<https://www.n-tv.de/politik/Polen-will-Putin-antworten-und-macht-Druck-auf-Deutschland-article24636485.html>

spiegel.de

Polnischer Kulturminister ersetzt umstrittene Kunstaussstellung bei der Biennale

<https://www.spiegel.de/kultur/nach-machtwechsel-in-polen-polnischer-kulturminister-ersetzt-umstrittene-kunstaussstellung-bei-der-biennale-a-57b36010-68e4-4588-9236-b09af984039c>

sonntagsblatt.de

Ein Hoffnungszeichen für Demokratien: Polen

<https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/ein-hoffnungszeichen-fuer-demokratien-polen>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik